



Regionaler Planungsverband Westmecklenburg  
Schloßstraße 6 - 8 | 19053 Schwerin

An alle  
Verbandsvertreter  
des Regionalen Planungsverbandes  
Westmecklenburg

**Der Vorsitzende**

**BEARBEITER/IN**  
Tanja Blankenburg

**TELEFON**  
0385/588 89133

**TELEFAX**  
0385/588 89190

**EMAIL**  
tanja.blankenburg  
@afrlwm.mv-regierung.de

**AKTENZEICHEN**  
200-313-11/14

**DATUM**  
10.03.2014

**Protokoll über die 47. Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Westmecklenburg**

Datum: 26.02.2014  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ort: Stadt Ludwigslust, Kreistagsaal  
Leitung: Herr Christiansen  
Teilnehmer siehe Anlage 1

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Protokollkontrolle der 46. Verbandsversammlung vom 11.12.2013
5. Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden
6. Öffentliche Anfragen
7. Aufgabenschwerpunkte 2014
8. Vorstellung und Beschlussfassung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge (siehe Beschlussvorlage VV-1/14)
9. Erfahrungen aus dem Landkreis Uckermark mit der Ausweisung von Windeignungsgebieten (Herr Landrat Schulze, Landkreis Uckermark)
10. Änderung der Satzung des RPV WM – Ergänzung einer Regelung zum Führen des kleinen Landessiegels (siehe Beschlussvorlage VV-2/14)
11. Stand Öffentlichkeitbeteiligung Groß Krams
12. Sonstiges
  - a.) Information über die Antwortschreiben des EM zur Mecklenburgischen Südbahn

**ANSCHRIFT**  
Geschäftsstelle des RPV WM  
Amt für Raumordnung und  
Landesplanung Westmecklenburg  
Schloßstraße 6 - 8  
19053 Schwerin

**EMAIL**  
poststelle@afrlwm.mv-regierung.de

**INTERNET**  
www.westmecklenburg-schwerin.de

**VERBANDSANGEHÖRIGE  
GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN**  
Landkreis Ludwigslust-Parchim  
Landkreis Nordwestmecklenburg  
Landeshauptstadt Schwerin  
Hansestadt Wismar  
Stadt Parchim  
Stadt Ludwigslust  
Stadt Hagenow  
Stadt Grevesmühlen



### **Zu TOP 1:**

Herr Christiansen begrüßte die anwesenden Verbandsvertreter und Gäste und eröffnete gegen 17.00 Uhr die Sitzung.

### **Zu TOP 2:**

Herr Christansen stellte fest, dass zum Zeitpunkt des Sitzungsbeginns 33 der 49 Verbandsvertretern anwesend sind. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Im weiteren Sitzungsverlauf erhöhte sich die Teilnehmerzahl auf 34 Verbandsvertreter.

### **Zu TOP 3:**

Zur Tagesordnung wurden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche geäußert. Die Tagesordnung wurde somit in der vorliegenden Form festgestellt.

### **Zu TOP 4:**

Zum Protokoll der 46. Verbandsversammlung vom 11.12.2013 gab es keine Hinweise. Das Protokoll wurde ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

### **Zu TOP 5:**

In seinem Tätigkeitsbericht über die in den Verbandsgremien geleistete Arbeit seit der letzten Verbandsversammlung am 11.12.2013 ging Herr Christiansen insbesondere auf die folgenden Themen ein:

- Teilfortschreibung des Kapitel 6.5 RREP,
- Regionales Energiekonzept Westmecklenburg,
- Öffentlichkeitsbeteiligung zu Groß Krams,
- Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“,
- Regionaler Nahverkehrsplan
- Gesundheitswirtschaft
- Konzept zur Siedlungsentwicklung nach 2020 sowie
- Metropolregion Hamburg.

Der Tätigkeitsbericht ist dem Protokoll als Anlage beigefügt (siehe Anlage 2).

### **Zu TOP 6:**

Folgende öffentliche Anfragen wurden gestellt:

Frau Rogge (Harmshagen) fragte, ob die zukünftigen regionalen Kriterien auch auf bestehende WEG angewendet werden. Sie stellte die Betroffenheit der Gemeinde Harmshagen dar (u. a. Lärmbelästigung). Herr Christiansen erklärte, dass es Ziel sei,

bestehende Gebiete anhand der neuen Kriterien zu überprüfen. Bestehende Anlagen besitzen jedoch Bestandsschutz.

Herr Schrader (Vertreter der BI Groß Krams) stellte den ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens zu Groß Krams in Frage. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Beteiligungsverfahrens durch die VV am 02.10.2013 hätte die Stellungnahme des LUNG noch nicht vorgelegen. Herr Christiansen verwies darauf, dass die Stellungnahme des LUNG Bestandteil des Beteiligungsverfahrens sein wird und somit auch in die Abwägung eingestellt wird.

Herr Golisz drückte seine Enttäuschung über die Reaktion des EM zu den Schreiben des RPV WM hinsichtlich des Erhalts der Mecklenburgischen Südbahn aus. Er erfragte den weiteren Umgang mit der Thematik. Herr Christiansen brachte ebenfalls seinen Unmut über die Entscheidung des EM zum Ausdruck. Er informierte über einen am 10.03.2014 geplanten Gesprächstermin mit dem Energieminister Herrn Pegel. Dabei werde er den Standpunkt des RPV WM nochmals darlegen.

Frau Cordes plädierte ebenfalls dafür, die neuen Kriterien auch auf bestehende WEG anzuwenden. Zudem sollte die Anlagenhöhe bei der Berechnung der Abstandsflächen zur Wohnbebauung beachtet werden. Herr Christiansen informierte, dass die Forderung der Landkreise, die Anlagenhöhe als Kriterium für den Siedlungsabstand mit einzubeziehen, gegenwärtig im Vorstand im Detail diskutiert wird. Er verwies auf die vorgesehene Beschlussfassung der regionalen Kriterien am 16.04.2014.

Frau Lötte-Braesemann (Redefin) verwies ebenfalls auf die kritische Auseinandersetzung des LUNG mit dem Artenschutzgutachten von Herrn Dr. Feige. Sie hinterfragte, warum die im aktuellen Regionalblick darstellten Flächen des potenziellen WEG Groß Krams nicht mit denen des Artenschutzgutachtens übereinstimmen. Frau Dr. Hoffmann erklärte, dass die mit den Stufen 0, 1 und 2 bewerteten Planflächen gemäß Artenschutzgutachten Gegenstand des Beteiligungsverfahrens sind. Ferner wies Frau Dr. Hoffmann darauf hin, dass die Stellungnahme des LUNG in die Abwägung eingestellt wird.

Herr Geier brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die Ausweisung des potenziellen WEG Groß Krams nicht im Rahmen der Teilfortschreibung vorgenommen werde und somit nicht die neuen Kriterien zur Anwendung kämen. Das formalisierte Vorgehen sei der Bevölkerung nicht zu vermitteln. Herr Christiansen erklärte, dass derartige Verfahren formal durchzuführen sind, um gerichtsfest zu sein. Die Bedenken der Menschen vor Ort würden durch den RPV WM sehr ernst genommen. Er erinnerte daran, dass das Gebiet aus dem Aufstellungsverfahren des RREP WM 2011 ausgenommen und nicht zur Rechtsfestsetzung eingereicht worden sei. Stattdessen wurde eine artenschutzrechtliche Überprüfung vom RPV WM in Auftrag gegeben. Dies erfolgte, noch bevor der Verband die Teilfortschreibung des RREP WM beschloss. Die Ausweisung Groß

Krams ist insofern ein laufendes Verfahren, für das die neuen Kriterien keine Anwendung finden. Herr Geier bat darum, die Stellungnahme des LUNG an alle Verbandsvertreter zu versenden.

Herr Christiansen erklärte, die weitere Diskussion über das Beteiligungsverfahren Groß Krams unter TOP 11 zu führen.

#### **Festlegung 1/VV47/2014:**

**Die Geschäftsstelle versendet die Stellungnahme des LUNG an alle Verbandsvertreter im Nachgang an die Verbandsversammlung.**

#### **Zu TOP 7:**

Frau Dr. Hoffmann erläutert die Aufgabenschwerpunkte des RPV WM im Jahr 2014:

- 1) Teilfortschreibung RREP WM, Kapitel 6.5
- 2) Verfahrensabschluss Ausweisung WEG Groß Krams
- 3) Umsetzung Regionales Energiekonzept
- 4) MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge:  
Öffentlichkeitsarbeit und Umsetzung
- 5) Konzept Siedlungsentwicklung
- 6) Gesundheitswirtschaft
- 7) SUR Schwerin und Wismar
- 8) Pendlerportal
- 9) Neukonstituierung Verbandsversammlung / Vorstand RPV WM

Die inhaltliche Untersetzung ist der beigefügten PPT-Präsentation zu entnehmen (siehe Anlage 3).

#### **Zu TOP 8:**

Da Herr Dr. Melzer von Raum & Energie kurzfristig erkrankt ist, stellte vertretend Frau Blankenburg aus der Geschäftsstelle die Ergebnisse der Regionalstrategie Daseinsvorsorge vor.

Einführend erläuterte Frau Blankenburg, dass der RPV WM von Januar 2012 bis Oktober 2013 am Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Aktionsprogramm Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ teilgenommen hat. Sie erläuterte die wesentlichen Projektergebnisse (siehe Anlage 4). Dabei ging sie insbesondere auf die übergreifenden und die themenbezogenen Empfehlungen der drei Facharbeitsgruppen „Bildung / Lebenslanges Lernen“, „Gesundheitsversorgung“ und „Lebensqualität im Alter“ ein. Künftig müsse es darum gehen, die im Rahmen der Regionalstrategie erarbeiteten Handlungsstrategien in die Umsetzung zu überführen. Neben dem RPV sind hierbei Akteure verschiedener Ebenen und Institutionen (Bund, Land, regionale Akteure sowie Kommunen) in den Umsetzungsprozess einzubinden.

Im Anschluss gab es verschiedene Wortmeldungen.

Herr Hintze plädierte für die Aufrechterhaltung einer attraktiven Infrastrukturausstattung. Er unterstrich die Notwendigkeit, der Landesregierung gegenüber auf den Erhalt bestehender Infrastrukturen der Region hinzuwirken (Stichwort: Mecklenburgische Südbahn).

Herr Christiansen pflichtete dem bei. Landespolitisches Ziel müsse es sein, trotz rückläufiger Einwohnerzahlen lebenswerte Regionen zu erhalten.

Frau Cordes begrüßte die räumlich differenzierte Betrachtung der demografischen Entwicklung über einen längeren Zeitraum. Dadurch könnten fundierte Entscheidungen über lange Sicht getroffen werden (Stichwort: Schulschließungen). Auch befürwortete sie die Empfehlung an das Land, bei der Regelung von Schwellenwerten (siehe Mindestschülerzahlen) eine höhere Flexibilität herzustellen.

Herr Kreher betonte die Bedeutung der angestrebten Zielvereinbarungen, um die Ergebnisse der Regionalstrategie in die Umsetzung zu bringen. Er warb um Unterstützung der Landkreise und Fachverwaltungen sowie der Ämter und Kommunen, die Regionalstrategie mitzutragen. Wichtig sei es, die formulierten Handlungsempfehlungen mit Leben zu erfüllen. Diesbezüglich informierte er über das sich in Gründung befindliche „Netzwerk Lebenslanges Lernen“.

Herr Christiansen unterstützte die Forderungen an das Land. Zunächst sei jedoch der Verband in der Pflicht, die Regionalstrategie umzusetzen.

Herr Lederer hinterfragte die Mindestgröße einer Schule aus pädagogischer Sicht. Herr Christiansen wies darauf hin, dass diese Frage im regionalplanerischen Kontext nicht beantwortet werden könne.

Herr Christiansen rief die Beschlussvorlage VV-1/14 zur Abstimmung auf. Der Beschluss über die Abnahme und weitere Umsetzung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge wurde einstimmig gefasst (siehe Anlage 5: **Beschluss VV-1/14**).

### **Zu TOP 9:**

Herr Christiansen begrüßte Herrn Schulze, Landrat des Landkreises Uckermark in Brandenburg.

Zunächst berichtete Herr Schulze über die Methodik und die Erfahrungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim mit der Festlegung von WEG. In seinen Ausführungen ging er insbesondere auf die Akzeptanz von WEG ein. Diese könne nur über wirtschaftliche Teilhabe erzielt werden. Auch frühzeitige und ortsnahe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wirken akzeptanzfördernd. Er plädierte für landeseinheitliche Kriterien, da regional unterschiedliche Kriterien der Bevölkerung schlecht vermittelbar seien.

Anschließend stellte Herr Schulze kurz das Regionale Energiekonzept der Region vor (siehe Anlage 6).

Im Anschluss gab es verschiedene Wortmeldungen.

Herr Hestermann erkundigte sich, ob die Regionale Planungsgemeinschaft Erfahrungen mit Höhenbeschränkungen von WEA hat und ob es entsprechende Vorgaben des Landes Brandenburg gibt. Beides verneinte Herr Schulze.

Herr Hestermann hinterfragte die Flächenreduzierung der WEG von 2,4 % auf 2,2 % der Regionsfläche im neuen Regionalplan vor dem Hintergrund eines gesamträumlich schlüssigen Planungskonzeptes. Herr Schulze erläuterte, dass das Energiekonzept des Landes Brandenburg noch von geringeren Leistungen der WEA ausgegangen sei. Eine Verringerung der Fläche stände damit der Erfüllung der Zielvorgaben nicht entgegen.

Herr Hestermann erkundigte sich zudem nach dem Anteil regenerativer Energien, insbesondere im Hinblick auf die in der Region ansässigen energieintensiven Betriebe. Herr Schulze erklärte, der Anteil liege bei weit über 50 %. Die energieintensiven Betriebe würden sich auf den Schwedter Raum konzentrieren. Die Uckermark ist eine energieexportierende Region.

Einigkeit zwischen Herrn Landrat Schulze und Herrn Hestermann bestand darin, dass Regelungen gefunden werden müssen, wie betroffene Kommunen am Ausbau der Windenergie wirtschaftlich noch besser partizipieren können. Herr Landrat Schulze vertrat die Idee eines Abgabesystems. Herr Hestermann befürwortete die Erhöhung der Grundsteuer für Flächen mit WEA.

#### **Zu TOP 10:**

Herr Christiansen rief die Beschlussvorlage VV-2/14 zur Abstimmung auf. Der Beschluss über die Satzungsänderung zur Siegelführung wurde mit 33 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, und somit der erforderlichen 2/3-Mehrheit, mehrheitlich gefasst (siehe Anlage 7: **Beschluss VV-2/14**).

#### **Zu TOP 11:**

Einleitend wies Frau Dr. Hoffmann darauf hin, dass die Verfahren zur Neuausweisung von WEG sehr transparent gestaltet werden. Sie erinnerte an die Durchführung von ca. 40 Ämtertouren, die Erarbeitung einer Informationsbroschüre sowie die Beantwortung sämtlicher Anfragen durch die Geschäftsstelle und plädierte in dem Zusammenhang für einen fairen Umgang miteinander.

Anschließend erläuterte Frau Dr. Hoffmann, dass das Artenschutzgutachten auf der Grundlage geltender tierökologischer Abstandskriterien erarbeitet wurde. In Vorbereitung der Gutachtenerarbeitung erfolgte eine dementsprechende Abstimmung zwischen dem Gutachter Herrn Dr. Feige und dem LUNG. Die heute

im Vorfeld der VV durch die Bürgerinitiative verteilte Stellungnahme des LUNG ging der Geschäftsstelle erst nach der VV am 02.10.2013 zu. Grundlage dieser Stellungnahme sind jedoch neue tierökologische Abstandskriterien („neue TAKs“), die noch nicht ressortabgestimmt bzw. verabschiedet und damit nicht behördenverbindlich sind. Diese Situation wurde im Vorstand des RPV WM besprochen. Da das Artenschutzgutachten auf die aktuell gültige Beurteilungsgrundlage abstellt, ist es folgerichtig, mit der Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung zu beginnen.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung findet in der Zeit vom 24.03.2014 bis zum 19.05.2014 statt. In deren Rahmen können alle Bedenken und Anregungen der Träger öffentlicher Belange sowie von jedermann geäußert werden und fließen in die Abwägung ein. Dies gilt auch für die Stellungnahme des LUNG.

Vorgesehen ist, dass die abschließende Abwägung und Beschlussfassung auf der dann neu gewählten 49. Verbandsversammlung am 17.09.2014 erfolgt.

Im Anschluss wies Frau Schwarzer darauf hin, dass die Verbandsversammlung im Oktober 2013 die Freigabe für die Öffentlichkeitsbeteiligung und nicht die Ausweisung des WEG Groß Krams beschlossen hätte. Die Verbandsvertreter sind sich ihrer Verantwortung bewusst und nehmen die Bedenken der Bevölkerung sehr ernst. Sie erinnerte daran, dass das WEG bereits hätte ausgewiesen werden können. Stattdessen wurde eine nochmalige Überprüfung beschlossen. Des Weiteren wurde im Zuge der Diskussion um die regionalen Kriterien in allen Gebietskörperschaften die Überprüfung bestehender WEG nach den neuen Kriterien beschlossen. Bestehende WEA genießen aber trotzdem Bestandsschutz. Über ein Repowering würde dann im Einzelfall in einem Genehmigungsverfahren entschieden.

Herr Rosenkranz erwiderte, dass er diese Ansicht nicht teile. Seines Wissens bestünde für existierende Anlagen zwar Bestandsschutz. Ein Repowering sei in WEG, die die neuen Kriterien nicht erfüllen, dann aber ausgeschlossen. Er verlangte Aufklärung über diesen Punkt.

Herr Christiansen versprach, diese Frage zur nächsten Verbandsversammlung zu klären.

#### **Festlegung 2/VV47/2014:**

**Die Geschäftsstelle klärt, ob und inwieweit ein Repowering von Anlagen möglich ist, sofern das entsprechende WEG die neuen Ausweisungskriterien nicht erfüllt.**

## **Zu TOP 12:**

Herr Christiansen informiert über einen Gesprächstermin auf Einladung des Ministers, Herrn Pegel, am 10.03.2014 im Energieministerium zur Mecklenburgischen Südbahn.

Herr Mach unterstützte die von Landrat Schulze vorgebrachte Idee einer Abgabe pro produzierte Kilowattstunde zu Gunsten der Standortkommune. Er bat Herrn Christiansen in seiner Funktion als Vorsitzender des Landkreistages M-V über eine Initiative der kommunalen Spitzenverbände zu diesem Thema zu beraten. Herr Christiansen versprach, dies auf der nächsten Klausurtagung des Landkreistages zur Sprache zu bringen.

Die nächste Verbandsversammlung findet am 16.04.2014 um 17.00 Uhr in Hagenow statt.

Herr Christiansen schloss die Sitzung gegen 19:30 Uhr.



Rolf Christiansen  
Verbandsvorsitzender



Freia Gabler  
Schriftführerin

## **Anlagen:**

1. Teilnehmerliste
2. Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden
3. Power-Point-Präsentation 47. Verbandsversammlung
4. Präsentation „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“
5. Beschluss VV-1/14
6. Präsentation Herr Schulze, Landrat des Landkreises Uckermark
7. Beschluss VV-2/14